

# Inhalt

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	29
<b>1. Kapitel: Einführung</b> .....	39
§ 1 Einordnung der Thematik.....	39
§ 2 Aufbau der Darstellung.....	47
<b>2. Kapitel: Die polizeiliche Bodycam – Bilder sagen mehr als Worte</b> .....	51
§ 1 Begriff, technische Grundlagen und faktische Probleme des polizeilichen Einsatzes der Bodycam .....	51
I. Begriff.....	51
II. Videoüberwachung – Videobeobachtungsmaßnahmen und Videoaufzeichnung.....	52
III. Technische Grundlagen.....	54
IV. Faktische Schwierigkeiten beim Einsatz von Bodycams .....	55
1. Solidarisierungseffekt bzw. Deindividuation .....	56
2. Bodycam-Einsatz zum Schutz vor sog. Polizeigewalt .....	57
3. Verdrängung der Kriminalität .....	59
4. Deeskalierende Wirkung .....	61
§ 2 Zwecke und Ziele von Bodycams.....	64
I. Gefahrenabwehr (Prävention).....	65
1. Polizeirecht als Recht der Gefahrenabwehr .....	65
a) Präventive Wirkung von Videoüberwachungsmaßnahmen im Allgemeinen .....	67
b) Einsatz von Bodycams zur Gefahrenabwehr .....	68
aa) Tendenziell vorhandene Deeskalationswirkung.....	69

bb) Einseitiger Schutz der Polizisten .....	71
cc) Zwischenergebnis .....	72
2. Ergebnis .....	73
II. Strafverfolgung (Repression).....	73
1. Strafverfolgung im Allgemeinen .....	74
2. Einsatz polizeilicher Bodycams als Maßnahme der Strafverfolgung? .....	76
3. Ergebnis .....	76
III. Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten .....	77
1. Verhütung von Straftaten .....	78
a) Straftatenverhütung im BayPAG.....	79
b) Bodycam als Maßnahme zur Straftatenverhütung.....	80
2. Strafverfolgungsvorsorge .....	82
a) Strafverfolgungsvorsorge im Allgemeinen.....	82
b) Einsatz polizeilicher Bodycams als Maßnahme der Strafverfolgungsvorsorge.....	83
IV. Ergebnis.....	86
V. Zwecke und Ziele von Bodycams in anderen Ländern.....	86
§ 3 Dashcams – Aktuelle deutsche Rechtsprechung, höchstrichterliche Entscheidungen zur privaten Videoüberwachung unter Miterfassung des öffentlichen Raums und ein Vergleich mit dem Einsatz von Bodycams .....	89
I. Dashcams .....	90
II. Aktuelle deutsche Rechtsprechung .....	91
1. Dashcam-Aufzeichnungen im Strafprozess.....	91
a) Datenschutzrechtliche Problematik.....	92
aa) Optisch-elektronische Einrichtung im Sinne des § 6b BDSG.....	92
bb) Interessensabwägung des AG Nienburg.....	94
b) Verwertbarkeit von Dashcam-Aufzeichnungen im Strafprozess .....	96
c) Ergebnis.....	97
2. Dashcam-Aufzeichnungen im Zivilprozess.....	98
a) Urteil des AG München v. 6.6.2013 .....	98

aa) Interessensabwägung des AG München.....	98
bb) Stellungnahme .....	100
cc) Ergebnis.....	101
b) Beschluss des AG München v. 13.8.2014 .....	101
c) Urteil des LG Heilbronn v. 3.2.2015.....	103
d) Urteil des AG Nürnberg v. 8.5.2015 .....	105
e) Urteil des LG Memmingen v. 14.1.2016 .....	106
3. Dashcam-Aufzeichnungen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren .....	109
4. Verwertbarkeit einer Dashcam-Aufzeichnung im straßenverkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeitenverfahren.....	110
III. Private Videoüberwachung unter Miterfassung des öffentlichen Raums – höchstrichterliche Rechtsprechung.....	113
1. Urteil des EuGH v. 11.12.2014 – Ryneš .....	113
a) Sachverhalt .....	113
b) Verfahrensgang.....	114
c) Urteil des EuGH.....	115
aa) Übertragung der Urteilsgründe auf den Einsatz von Dashcams? .....	116
bb) Ergebnis.....	117
2. Urteil des BGH v. 25.4.1995 – Videoüberwachung öffentlicher und nachbarlicher Flächen zur Störungsabwehr .....	118
a) Sachverhalt .....	118
b) Urteil des BGH .....	119
3. Urteil des EGMR v. 27.5.2014 – De la Flor Cabrera/Spanien.....	121
a) Sachverhalt .....	121
b) Urteil des EGMR.....	121
IV. Resümee .....	123
V. Die Dashcam im Vergleich mit der Bodycam .....	128
§ 4 Zusammenfassung .....	131
<b>3. Kapitel: Körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte.....</b>	<b>133</b>
§ 1 Körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte? .....	133

I.	Die Gewaltdiskussion – Eine (zu) hitzige Debatte? .....	134
1.	Die wesentlichen Ansichten in der Debatte um die (zunehmende) Gewalt gegenüber Polizisten .....	135
a)	Sensibilisierung der Gewaltperzeption.....	135
b)	Generalisierung der Gewalt und die Polizei in der Opferrolle .....	137
c)	Dramatisierung der Gewalt und fehlender Respekt gegenüber Polizeibeamten .....	139
d)	Barrieren zwischen der Polizei und der Gesellschaft.....	142
aa)	Fehlende bzw. fehlerhafte Kommunikation.....	142
bb)	Negative innere Einstellung und ablehnende Haltung gegenüber der Bevölkerung.....	144
cc)	Polizisten als „Dienstleister“ .....	145
2.	Ergebnis .....	146
II.	Gewalt gegen Polizeibeamte in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS).....	147
1.	Einführung .....	148
2.	Darstellung der wichtigsten Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik von 1963 bis 2015 .....	149
a)	PKS-Daten aus dem Jahre 1963 .....	149
b)	PKS-Daten von 1993 bis 2015 unter Berücksichtigung der Deliktgruppe „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ .....	149
c)	PKS-Daten von 2010 bis 2015 unter Berücksichtigung der Schlüsselzahl 621021 („Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte“).....	150
d)	PKS-Daten von 2011 bis 2015 unter Berücksichtigung des Katalogs „Geschädigtenspezifik: Beruf/Tätigkeit“ .....	151
3.	Aussagekraft der Daten zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ .....	152
a)	Aussagekraft der Daten von 1993 bis 2009 .....	153
b)	Aussagekraft der Daten seit Einführung der Schlüsselzahl 621021 und Auswirkungen der Einführung des Katalogs „Geschädigtenspezifik: Beruf/Tätigkeit“ .....	153
4.	Ergebnis .....	154

III.	Statistik des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. (KFN) aus dem Jahre 2010.....	156
1.	Der strafrechtliche Gewaltbegriff.....	157
a)	Überblick über die Entwicklung des strafrechtlichen Gewaltbegriffs im Rahmen des § 240 StGB.....	157
aa)	Rechtsprechung des Reichsgerichts.....	157
bb)	Laeppe-Entscheidung des BGH v. 8.8.1969.....	159
cc)	Urteil des BVerfG v. 11.11.1986.....	160
dd)	Beschluss des BVerfG v. 10.1.1995.....	161
ee)	Zweite-Reihe-Rechtsprechung des BGH v. 20.7.1995.....	162
b)	Zwischenergebnis.....	162
2.	Ergebnisse der Studie des KFN im Hinblick auf das Forschungsziel „Zunahme der Gewalt gegenüber Polizeibeamten?“.....	163
3.	Spezifische, einschränkende Faktoren der Studie des KFN.....	164
a)	Überrepräsentation junger Polizeibeamter.....	165
b)	Wesen der Befragung.....	165
c)	Weitere einschränkende Faktoren.....	166
4.	Ergebnis.....	168
IV.	Zusammenfassender Überblick über weitere Untersuchungen zum Thema „Gewalt gegen Polizisten“.....	168
1.	Erste Studien zur Thematik „Gewalt gegen Polizeibeamte“.....	168
2.	Untersuchung des Widerstands gegen die Staatsgewalt durch Stührmann.....	169
3.	Forschungsprojekt „Gewalt und Polizei“ unter der Leitung von Joachim Jäger.....	170
4.	Untersuchung der Fachhochschule Villingen-Schwenningen.....	171
5.	Studie des KFN aus dem Jahre 2000.....	171
6.	Weitere Studien und Statistiken.....	173
7.	Ergebnis.....	176
§ 2	Validität der Daten.....	176
I.	Fehlerquellen beim Umgang mit Statistiken.....	176
1.	Hellfelderfassung.....	177
2.	Registrierverhalten.....	178

3.	Veranlassung des polizeilichen Opfers zur Tatbegehung.....	180
4.	Medien als Gefahrenquelle und Überblick über weitere Verzerrungsfaktoren .....	181
II.	Ergebnis.....	182
§ 3	Strafrechtliche Konsequenzen infolge angeblicher Zunahme der Straftaten gegen Polizeibeamte.....	183
I.	44. Strafrechtsänderungsgesetz.....	183
1.	Effektivität der Gesetzesänderungen im Rahmen des 44. StrÄndG unter dem Blickwinkel der vermuteten Zunahme von Straftaten gegen Polizeibeamte .....	185
a)	Ausreichender Schutz durch bestehende Strafvorschriften.....	186
b)	Fehlende Strafrahmenerhöhung bei § 113 Abs. 2 StGB und mangelnde Abschreckungswirkung durch höhere Strafandrohung.....	187
c)	Weitere Kritik am 44. Strafrechtsänderungsgesetz hinsichtlich der Effektivität zum Schutz von Polizeibeamten.....	188
2.	Zwischenergebnis.....	190
II.	Gesetzantrag des Landes Hessen – Einführung eines neuen § 112 StGB-E.....	190
1.	Darstellung und kritische Bewertung des § 112 StGB-E .....	191
a)	Schutz vor tätlichen Angriffen .....	192
b)	Ausreichender Schutz durch bestehende Strafvorschriften.....	193
c)	Ungleichbehandlung von Tatopfern .....	194
d)	Mangelnde Abschreckungswirkung durch höhere Strafandrohung.....	195
2.	Zwischenergebnis.....	195
III.	Gesetzantrag des Saarlandes – Einführung eines neuen § 113 StGB-E.....	196
1.	Darstellung und kritische Bewertung des Gesetzantrages, insbesondere des § 113 StGB-E.....	198
a)	Ausreichender Schutz durch bestehende Strafvorschriften.....	198
b)	Ungleichbehandlung von Tatopfern .....	200
c)	Besonders schwerer Fall .....	200

2.	Zwischenergebnis.....	201
IV.	Einführung eines neuen § 115 StGB-E .....	202
1.	Darstellung und kritische Bewertung des § 115 StGB-E .....	202
2.	Zwischenergebnis.....	204
V.	Ergebnis.....	204
§ 4	Verbesserte Eigensicherung durch Bodycams als Präventivmaßnahme gegen Gewalt gegenüber Polizeibeamten.....	205
I.	Bodycam als geeignetes Mittel zur Eindämmung der Gewalt gegenüber Polizisten? .....	206
1.	Offene Beobachtung.....	206
2.	Fehlende Selbstdisziplinierung bei irrational handelnden Personen .....	207
3.	Mangel an aussagekräftigem Datenmaterial .....	208
II.	Ergebnis.....	210
§ 5	Zusammenfassung .....	210
4.	<b>Kapitel: Unrechtmäßige Gewaltanwendung durch Polizeibeamte (sog. Polizeigewalt) .....</b>	<b>213</b>
§ 1	Einführung.....	213
§ 2	Definition der Polizeigewalt .....	215
I.	Der polizeiliche Gewaltbegriff .....	216
II.	Gewaltmonopol des Staates.....	218
III.	Grenzen des staatlichen Gewaltmonopols .....	219
IV.	Der Straftatbestand „Körperverletzung im Amt“ bei rechtswidriger Polizeigewalt .....	221
V.	Fazit.....	222
§ 3	Statistiken zur Polizeigewalt .....	223
I.	Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS).....	224
II.	Weitere Statistiken zur Polizeigewalt.....	225
1.	Statistische Erfassung in Hamburg.....	225
2.	Untersuchung in Baden-Württemberg (1981–1985) .....	225

3.	Statistiken über Ermittlungsverfahren bei den Staats- und Staatsanwaltschaften .....	226
4.	Strafverfolgungsstatistik .....	228
5.	Bericht von Amnesty International .....	229
III.	Ergebnis .....	229
§ 4	Das Phänomen prophylaktischer Widerstandsanzeigen .....	230
§ 5	Ursachen unrechtmäßiger polizeilicher Gewalt .....	233
I.	Arbeitsbelastungen im Polizeialltag .....	233
II.	Mangelhafte politische Führung und fehlerhafte Kommunikation innerhalb der Polizei .....	237
1.	Mangelhafte politische Führung .....	237
2.	Fehlerhafte Kommunikation innerhalb der Polizei .....	238
III.	Theorie der „Schwarzen Schafe“ .....	240
IV.	Abschottung der Polizei und Verschweigen der Polizeigewalt .....	243
V.	Fließende Grenze zwischen legitimer und illegitimer Gewaltanwendung .....	247
VI.	Autorität und Machtstellung .....	247
VII.	Frustration der Polizisten .....	250
VIII.	Eskalationsprozess bei Polizeieinsätzen .....	253
IX.	Jagdfieber, Jagdinstinkt und Jagdtrieb .....	254
§ 6	Strafverfolgung rechtswidriger Polizeigewalt .....	255
I.	„Klima der Straflosigkeit“? .....	256
II.	Ursachen für hohe Einstellungs- bzw. Freispruchsquoten bei Verfahren gegen Polizeibeamte .....	259
1.	Institutionelle und persönliche Nähe zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft .....	259
2.	Verschweigen von Fehlern .....	260
a)	„Mauer des Schweigens“ und „Cop Culture“ .....	261
b)	Ausgeprägte Gruppenkohäsion .....	262
c)	Entwicklung einer eigenen Fehlertoleranz .....	264
d)	Ergebnis .....	265
3.	Schwierige Beweislage bei Verfahren gegen Polizeibeamte .....	265

a)	Der Polizeibeamte als Zeuge vor Gericht (sog. Polizeizeugen).....	267
aa)	Problem der vermuteten hohen Glaubwürdigkeit des Polizeizeugen .....	267
bb)	Problem der Gruppenerinnerung .....	270
cc)	(Bewusste) Manipulation von Zeugenaussagen.....	270
dd)	Vernehmung des Zeugen vor Gericht und „polizeiliches Zeugentraining“ .....	271
ee)	Sog. „Widerstandsanzeigen“ als Reaktion auf Anzeigen gegen Polizeibeamte .....	274
b)	Zwischenergebnis .....	275
4.	Weitere Ursachen.....	276
a)	„Belastungsdruck“ für den leitenden Staatsanwalt.....	276
b)	Erheblicher Ermessensspielraum zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen .....	276
c)	„Täter unbekannt“ .....	277
d)	Vorwurf der unberechtigten Anzeigen.....	278
e)	„Stille Übereinkunft“ zwischen Justiz und Polizei .....	278
f)	Vorbelastung als deliktsübergreifendes Kriterium .....	279
III.	Ergebnis.....	279
§ 7	Maßnahmen gegen unrechtmäßige polizeiliche Gewalt.....	280
I.	Strafrechtlicher Schutz: Körperverletzung im Amt gemäß § 340 StGB.....	281
II.	Kennzeichnung von Polizisten mit Namensschildern oder individuellen Nummern .....	283
1.	Kennzeichnung in Deutschland.....	284
a)	Kennzeichnung in Berlin und Brandenburg .....	285
b)	Kennzeichnung in anderen Bundesländern .....	287
c)	Alternativentwurf einheitlicher Polizeigesetze aus dem Jahre 1979.....	288
d)	Ergebnis.....	289
2.	Eingriff einer Kennzeichnungspflicht in das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG? .....	289

3.	Diskussion über die Kennzeichnungspflicht von Polizeibediensteten – Argumente ihrer Befürworter und Kritiker.....	291
	a) Argumente der Kennzeichnungsbefürworter.....	292
	aa) Keine Verletzung des Anspruchs auf Schutz der Identität .....	292
	bb) Transparenz polizeilichen Handelns.....	294
	cc) Kennzeichnung als Präventionsmaßnahme gegen rechtswidrige Polizeigewalt.....	296
	dd) Kennzeichnung zur Selbstkontrolle des Polizeiapparats.....	297
	b) Argumente der Kennzeichnungsgegner.....	298
	aa) Ablese- und Merkfehler durch den Bürger.....	298
	bb) Diskriminierung der Polizisten .....	299
	cc) Gefahr für Leib oder Leben der Polizeibeamten bzw. naher Angehöriger durch Offenbarung der Identität .....	301
	dd) Ausreichende Identifizierungsmöglichkeiten durch bestehende Regelungen .....	302
	ee) Weitere Argumente.....	303
4.	Ergebnis .....	304
5.	Europäischer Kodex des Europarates für Polizeiethik .....	306
6.	Überblick über die Rechtsprechung des EGMR.....	308
III.	Einsatz von Bodycams zur Eindämmung polizeilicher Übergriffe .....	311
	1. Aktivieren der Kamera nach eigenem Ermessen.....	311
	2. Datenschutzrechtliche Probleme bei „Dauerüberwachung“.....	313
IV.	Kontrolle polizeilichen Handelns – Errichtung unabhängiger, externer Beschwerdestellen .....	314
	1. Externe und unabhängige Stellen zur Polizeikontrolle in Deutschland .....	315
	a) Beauftragter für die Landespolizei in Rheinland-Pfalz.....	316
	b) Auffassung der Bundesregierung zur Errichtung unabhängiger Beschwerdestellen .....	317
	c) Entwurf eines Gesetzes über die unabhängige Polizeibeauftragte oder unabhängigen Polizeibeauftragten des Bundes .....	319

2.	Quis custodiet custodes? – Argumente für die Errichtung unabhängiger, externer Beschwerdestellen .....	321
a)	Aufklärung rechtswidriger Polizeigewalt .....	322
b)	Innerdienstliche Kritik und Rechenschaftspflicht der Polizei.....	323
c)	Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in den Polizeiapparat.....	324
d)	Möglichkeit der Selbstreflexion – Kritikfähigkeit als unabdingbare Voraussetzung.....	325
e)	Zwischenergebnis .....	326
3.	Errichtung unabhängiger Beschwerdestellen aus menschenrechtlicher Perspektive .....	327
a)	Stellungnahme des früheren Menschenrechtskommissars Hammarberg .....	327
b)	Recht auf wirksame Beschwerde nach dem IPbPR.....	329
c)	Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz .....	331
d)	UN-Antifolterausschuss .....	331
e)	Rechtsprechung des EGMR.....	332
f)	CPT-Standards.....	335
g)	Kriterien nach Amnesty International .....	336
4.	Resümee.....	337
V.	Weitere Präventionsmaßnahmen gegen rechtswidrige Polizeigewalt .....	338
1.	Verbesserte polizeiwissenschaftliche Aus- und Fortbildung.....	339
2.	Psychologische Betreuung.....	342
VI.	Zusammenfassung .....	342
<b>5.</b>	<b>Kapitel: Rechtliche Rahmenbedingungen für den polizeilichen Einsatz von Bodycams .....</b>	<b>347</b>
§ 1	Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung für den Einsatz polizeilicher Bodycams .....	348
I.	Verfassungsrechtlicher Rahmen: Die sog. „Wesentlichkeitsrechtsprechung“ .....	348
II.	Grundrechtsrelevanz des Einsatzes von Bodycams .....	350

1. Grundrechte des unmittelbar bzw. mittelbar gefilmten Bürgers .....	350
a) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Teilausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG .....	351
aa) Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung .....	351
(1) Eröffnung des Schutzbereichs bei Videobeobachtungsmaßnahmen ohne Aufzeichnung des Datenmaterials.....	354
(a) Umfassender Persönlichkeitsschutz und Begriff der „Erhebung“ personenbezogener Daten .....	355
(b) Überwachungsdruck.....	356
(c) Ergebnis.....	357
(2) Eröffnung des Schutzbereichs bei Maßnahmen der Videoaufzeichnung .....	358
bb) Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG durch den Einsatz von Bodycams .....	359
(1) Eingriff in den Schutzbereich bei Videobeobachtungsmaßnahmen ohne Aufzeichnung des Datenmaterials.....	359
(a) Fehlende Datenerhebung durch bloße Beobachtungsmaßnahmen? .....	360
(b) Überschreiten der „Erheblichkeits- bzw. Bagatellgrenze“ .....	363
(c) Psychischer Überwachungsdruck und Verhaltensanpassung des Betroffenen.....	365
(d) Ergebnis.....	368
(2) Eingriff in den Schutzbereich bei Videoaufzeichnungsmaßnahmen .....	368
(3) Eingriff durch Folgemaßnahmen der Videoüberwachung, insbesondere durch Verwendung des aufgezeichneten Datenmaterials im gerichtlichen Verfahren.....	371
b) Das Recht am eigenen Bild gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....	374
aa) Eröffnung des Schutzbereichs .....	376

(1) Eröffnung des Schutzbereichs bei Maßnahmen der Videobeobachtung .....	376
(2) Eröffnung des Schutzbereichs bei Maßnahmen der Videoaufzeichnung .....	377
bb) Eingriff in das Recht am eigenen Bild .....	378
(1) Eingriff in den Schutzbereich bei Videobeobachtungsmaßnahmen.....	378
(2) Eingriff in den Schutzbereich bei Maßnahmen der Videoaufzeichnung .....	380
c) Das Recht am eigenen Wort gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....	382
aa) Eröffnung des Schutzbereichs .....	384
(1) Eröffnung des Schutzbereichs bei Maßnahmen der Tonübertragung .....	384
(2) Eröffnung des Schutzbereichs bei Maßnahmen der Tonaufzeichnung .....	385
bb) Eingriff in das Recht am eigenen Wort.....	385
(1) Eingriff in den Schutzbereich bei Maßnahmen der Tonübertragung .....	386
(2) Eingriff in den Schutzbereich bei Maßnahmen der Tonaufzeichnung .....	386
d) Das Recht auf Freizügigkeit gemäß Art. 11 Abs. 1 GG .....	387
2. Zusammenfassung.....	389
3. Grundrechte der Polizisten.....	389
a) Grundrechtsschutz von Polizisten.....	390
b) Einschlägige Grundrechte .....	392
III. Einfachgesetzliche Regelung zum Schutz des visuellen Selbstbestimmungsrechts (§ 22 KUG) .....	392
1. Die Geburtsstunde des Rechts am eigenen Bild .....	392
2. Tatbestandsvoraussetzungen .....	393
3. Bodycam-Aufzeichnungen: Fallgruppe des Rechts am eigenen Bild?.....	395
a) Bodycam-Aufzeichnungen als Bildnisse im Sinne des § 22 S. 1 KUG.....	395

b) „Verbreiten“ oder „öffentliches zur Schau stellen“ im Sinne des § 22 S. 1 KUG .....	396
aa) „Verbreiten“ .....	396
bb) „Öffentliches zur Schau stellen“ .....	398
c) Ergebnis .....	399
IV. Grundrechtsverzicht bzw. Einwilligung in Grundrechtseinschränkungen.....	399
1. (Konkludenter) Grundrechtsverzicht bzw. Einwilligung? .....	400
2. Ergebnis .....	403
V. Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs .....	403
1. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Grundrechtseingriffe der Bürger .....	403
a) Grundrechtsschranken.....	403
b) Schranken-Schranken .....	404
aa) Legitime Zwecke .....	404
bb) Geeignetheit .....	405
cc) Erforderlichkeit.....	405
dd) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	406
ee) Hinreichende Bestimmtheit des als Schranke fungierenden Gesetzes .....	407
c) Ergebnis.....	407
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Grundrechtseingriffe der Polizisten.....	407
§ 2 Gesetzgebungskompetenz für präventive und repressive polizeiliche Maßnahmen sowie für Maßnahmen der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten .....	408
I. Gesetzgebungskompetenz für präventiv-polizeiliche Maßnahmen .....	408
1. Gesetzgebungskompetenz für „klassisches Polizeirecht“ .....	408
2. Begrenzte Gesetzgebungskompetenz des Bundes.....	409
a) Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG.....	409
b) Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG.....	409
c) Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG.....	410
3. Konkurrierende Gesetzgebung (Art. 72, 74 GG) .....	411
4. Ergebnis .....	411

II.	Gesetzgebungskompetenz für repressiv-polizeiliche Maßnahmen.....	411
III.	Gesetzgebungskompetenz für Maßnahmen der sog. vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten.....	413
	1. Gesetzgebungskompetenz für Maßnahmen der Straftatenverhütung.....	413
	2. Gesetzgebungskompetenz für Maßnahmen der Strafverfolgungsvorsorge.....	414
	a) Urteil des BVerwG v. 20.2.1990 zur vorsorgenden Strafverfolgung.....	415
	b) Zielrichtung der Strafverfolgungsvorsorge.....	416
	c) Regelungen zur Strafverfolgungsvorsorge in der StPO.....	417
	d) Urteil des BVerfG v. 27.7.2005 zur Strafverfolgungsvorsorge .....	418
	e) Ergebnis.....	420
IV.	Bestimmung des Rechtswegs bei echten doppelfunktionalen Maßnahmen.....	420
V.	Zusammenfassung.....	422
§ 3	Tauglichkeit vorhandener Regelungen zur Erhebung personenbezogener Daten durch Bodycams.....	422
I.	Bundesrechtliche Regelungen.....	423
	1. § 12a i.V.m. § 19a VersG.....	423
	2. § 6b Abs. 1 BDSG.....	424
	a) Öffentlich zugängliche Räume .....	425
	b) Beobachtung.....	425
	c) Erheben personenbezogener Daten .....	426
	d) Optisch-elektronische Einrichtung (Videoüberwachung).....	426
	e) § 6b Abs. 1 Nr. 1 BDSG.....	427
	f) § 6b Abs. 1 Nr. 3 BDSG.....	428
	g) Hinweispflicht, § 6b Abs. 2 BDSG .....	429
	h) Ergebnis.....	431
	3. BPolG.....	431
	a) § 21 BPolG.....	431
	aa) § 21 Abs. 1 BPolG .....	432
	bb) § 21 Abs. 2 BPolG .....	432

b) § 26 Abs. 1 S. 1 BPolG.....	432
c) § 27 S. 1 BPolG.....	433
d) § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 Nr. 2 lit. a BPolG.....	433
e) Ergebnis.....	434
II. Strafprozessuale Ermächtigungen – Bodycam als Mittel der sog. Strafverfolgungsvorsorge.....	435
1. Regelungen zur Strafverfolgungsvorsorge in der StPO.....	435
2. § 161 Abs. 1 i.V.m. § 163 Abs. 1 StPO.....	436
3. § 100c StPO.....	438
4. § 100h Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StPO.....	438
5. § 81b Alt. 2 StPO.....	440
6. § 163b Abs. 1 S. 1 StPO.....	442
III. Regelungen des bayerischen Landesgesetzgebers.....	442
1. Art. 11 Abs. 1 BayPAG.....	442
2. Art. 31 Abs. 1 Nr. 1 BayPAG.....	443
a) Generalklausel für die Erhebung personenbezogener Daten durch die Polizei.....	443
b) Art. 31 Abs. 1 Nr. 1 BayPAG als Rechtsgrundlage für den Einsatz von Bodycams?.....	444
aa) Datenerhebung (Videobeobachtung) als Vorstufe der Datenverarbeitung.....	444
(1) „Zur Gefahrenabwehr“.....	445
(2) „Zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten“.....	446
(3) „Erhebung personenbezogener Daten“.....	447
(4) „Erforderlichkeit“.....	447
bb) Datenverarbeitung durch Aufzeichnung des Polizeieinsatzes mit Bodycams.....	449
(1) Vorschriften über die Datenverarbeitung.....	449
(a) Art. 37 Abs. 1 BayPAG.....	449
(b) Art. 38 Abs. 1 BayPAG.....	450
(c) Prüfung der Verhältnismäßigkeit.....	450
(2) Ergebnis.....	452
c) Ergebnis.....	452

3.	Art. 32 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 1 Nr. 1 BayPAG .....	453
	a) Art. 32 Abs. 1 S. 1 BayPAG .....	453
	b) Art. 32 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 BayPAG .....	454
	aa) Offene Bild- und Tonaufzeichnungen.....	455
	bb) Offene Bild- und Tonaufnahmen – elektronische Datenübermittlung ohne Speicherung .....	457
	cc) Ergebnis .....	458
4.	Art. 33 Abs. 1 Nr. 2 lit. a BayPAG.....	458
5.	Art. 9 Abs. 1 S. 1 BayVersG.....	459
6.	Art. 21a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BayDSG .....	460
	a) Tatbestandsvoraussetzungen.....	460
	b) Ergebnis.....	462
IV.	Spezielle Ermächtigungsgrundlagen: „Videoüberwachung zur Eigensicherung von Polizisten“ in Hessen, Rheinland-Pfalz, Hamburg und im Saarland.....	463
1.	§ 14 Abs. 6 HSOG.....	463
	a) Pre-Recording-Funktion .....	464
	b) Zulässigkeit von Tonübertragungen.....	465
	c) Identitätsfeststellung als Tatbestandsvoraussetzung .....	466
	d) Datenlöschung .....	467
	e) Öffentlich zugängliche Orte.....	468
2.	§ 27 rhpfPOG .....	469
3.	§ 8 Abs. 5 HmbPolDVG .....	471
	a) Tatbestandsvoraussetzungen.....	472
	b) Ergebnis.....	474
4.	§ 27 SPolG.....	474
5.	Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen.....	477
	a) § 15c PolG NRW .....	477
	b) Tatbestandsvoraussetzungen.....	479
V.	Ergebnis.....	482
§ 4	Zusammenfassung.....	482

<b>6. Kapitel: Videoüberwachungsmaßnahmen und Polizeigewalt aus menschenrechtlicher Perspektive .....</b>	<b>487</b>
§ 1 Bedeutung der EMRK und der Rechtsprechung des EGMR für das deutsche Recht .....	487
§ 2 Videoüberwachungsmaßnahmen und Polizeigewalt aus menschenrechtlicher Perspektive unter besonderer Berücksichtigung von Art. 8, Art. 3 und Art. 6 EMRK.....	488
I. Art. 8 Abs. 1 EMRK.....	489
1. Geschützte Rechtsbereiche und Einzelrechte.....	489
a) Recht am eigenen Bild.....	490
aa) Urteil des EGMR v. 27.5.2014 – De la Flor Cabrera/Spanien.....	491
bb) Besondere Schranken des Art. 8 Abs. 2 EMRK.....	491
cc) Ergebnis.....	495
b) Recht auf Schutz personenbezogener Daten (Datenschutz).....	495
aa) Schutzbereich und Eingriff.....	496
bb) Besondere Schranken des Art. 8 Abs. 2 EMRK.....	497
cc) Ergebnis.....	500
c) Schutz vor staatlicher Beobachtung/Überwachung .....	500
2. Ergebnis .....	503
II. Art. 3 EMRK .....	504
1. Schutzbereich des Verbots nach Art. 3 EMRK.....	505
2. Mutmaßliche Misshandlungen und unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die Polizei – Materiell-rechtliche Aspekte .....	506
a) Polizeigewalt in der Rechtsprechung des EGMR .....	507
aa) EGMR Dembele/Schweiz, 24.9.2013 .....	507
(1) Sachverhalt .....	507
(2) Urteil des EGMR.....	508
bb) EGMR Bouyid/Belgien, 21.11.2013 und 28.9.2015 .....	510
(1) Sachverhalt .....	510
(2) Urteil des EGMR (5. Kammer) v. 21.11.2013 .....	511
(3) Urteil des EGMR (Große Kammer) v. 28.9.2015 .....	512

b)	Polizeigewalt in der nationalen Rechtsprechung und in der Rechtsprechung des EGMR.....	514
c)	Ergebnis.....	517
3.	Gebot effektiver Aufklärung mutmaßlicher Misshandlungen und unverhältnismäßiger Gewaltanwendung durch die Polizei – Verfahrensrechtliche Aspekte .....	518
a)	Gebot effektiver Aufklärung .....	518
b)	Ergebnis.....	520
III.	Art. 6 Abs. 1 EMRK.....	522
1.	Beweiserhebung und Beweisverwertung.....	522
a)	Fehlerhafte Beweiserhebung nach nationalem Recht.....	523
b)	Konventionswidrig erlangte Beweismittel .....	525
c)	Ergebnis.....	527
2.	Nemo tenetur se ipsum accusare/prodere – Verbot des Zwangs zur Selbstbelastung.....	528
a)	Einführung.....	528
b)	Verletzung des „nemo-tenetur“-Grundsatzes durch den Einsatz von Bodycams? – Schweigerecht als Teilbereich des fairen Verfahrens .....	530
c)	Ergebnis.....	533
3.	Ergebnis .....	533
§ 3	Zusammenfassender Überblick über weitere ausgewählte Rechte aus menschenrechtlicher Perspektive .....	533
I.	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC) .....	533
1.	Art. 7 GRC .....	539
2.	Art. 8 Abs. 1 GRC.....	539
a)	Schutzbereich, Eingriff und verfassungsrechtliche Rechtfertigung im Allgemeinen.....	539
b)	Rechtliche Beurteilung des Einsatzes von Bodycams .....	541
c)	Ergebnis.....	544
3.	Art. 4 GRC .....	544
II.	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR) .....	545

1.	Einführung.....	545
2.	Art. 17 Abs. 1 IPbpR.....	545
3.	Art. 7 IPbpR.....	546
III.	Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe v. 10.12.1984 (UNCAT) .....	546
IV.	Art. 16 Abs. 1 AEUV.....	549
§ 4	Zusammenfassung .....	549
<b>7.</b>	<b>Kapitel: Zusammenfassung und Ausarbeitung eines konkreten Regelungsvorschlags.....</b>	<b>551</b>
§ 1	Zusammenfassung .....	551
I.	Polizeiliche Videoüberwachung mit Bodycams .....	551
II.	Körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte.....	552
III.	Unrechtmäßige Gewaltanwendung durch Polizeibeamte.....	555
IV.	Rechtliche Betrachtung des polizeilichen Einsatzes von Bodycams.....	558
V.	Videoüberwachungsmaßnahmen und Polizeigewalt aus menschenrechtlicher Perspektive .....	561
§ 2	Ausarbeitung eines konkreten Regelungsvorschlags und Darstellung der tatbestandlichen Voraussetzungen.....	563
I.	Konkreter Regelungsvorschlag: Art. 32a BayPAG-E.....	563
II.	Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 32a BayPAG-E .....	564
1.	Art. 32a Abs. 1 BayPAG-E.....	564
a)	Bild- und Audiofunktion.....	564
b)	Bodycam als technisches Mittel der Datenerhebung .....	565
c)	Keine Pre-Recording-Funktion.....	566
d)	Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr oder zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung.....	566
e)	Schutz gegen Gefahren für Leib oder Leben von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten oder Dritten bei konkreter Gefahr .....	567
f)	Öffentlich zugänglicher Ort .....	569

g) Erhebung und Aufzeichnung personenbezogener Daten über dritte Personen nach Art. 32a Abs. 1 S. 2 BayPAG-E.....	569
2. Art. 32a Abs. 2 BayPAG-E.....	571
3. Art. 32a Abs. 3 BayPAG-E.....	572
4. Art. 32a Abs. 4 BayPAG-E.....	573
a) Gewährleistung umfassender Datensicherheit und Transparenz durch Vorschriften des BayPAG?.....	573
b) Eckpunkte für die Errichtung einer Treuhandstelle und Grundsätze zur Gewährleistung einer umfassenden Datensicherheit .....	574
aa) Unabhängigkeit der Treuhandstelle.....	574
bb) Zuständigkeit .....	575
cc) Technische und organisatorische Maßnahmen der Treuhandstelle.....	575
c) Unverzögliche Übermittlung an die Treuhandstelle, Art. 32a Abs. 4 S. 1 BayPAG-E.....	578
d) Zuständigkeit nach Art. 32a Abs. 4 S. 2 i.V.m. Abs. 3 BayPAG-E.....	578
5. Ansprüche der Betroffenen .....	578
a) Anspruch auf Hinweis auf die Bild- und Tonaufnahmen und -aufzeichnungen in geeigneter Weise, Art. 32a Abs. 2 BayPAG-E.....	578
b) Löschungs- bzw. Vernichtungsanspruch, Art. 32a Abs. 3 BayPAG-E .....	579
c) Anspruch auf Auskunft, Art. 32a Abs. 5 S. 1 BayPAG-E .....	579
d) Anspruch auf Berichtigung, Art. 32a Abs. 6 BayPAG-E.....	581
III. Verwertung von Bodycam-Aufzeichnungen im Strafverfahren (§ 484 StPO) .....	582
IV. Ergebnis.....	583
<b>8. Kapitel: Ausblick.....</b>	<b>587</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>593</b>